

## **Erläuterungsvermerk zu den Vorschlägen für die Überarbeitung der Instrumente für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor**

Mit diesem Vermerk sollen Ziele und Anwendungsbereich der Vorschläge zur Überarbeitung der Instrumente für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor, die ab dem 1. Januar 2023 gelten sollen, erläutert werden:

- ▶ Entwurf von Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (im Folgenden „Leitlinienentwurf“);
- ▶ Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen zugunsten von in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur tätigen Unternehmen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1388/2014 (im Folgenden „Entwurf der Gruppenfreistellungsverordnung“) und
- ▶ Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 hinsichtlich ihrer Geltungsdauer und der kumulierten Höchstbeträge für De-minimis-Beihilfen (im Folgenden „Entwurf der De-minimis-Änderungsverordnung“).

Dieser Vermerk ist der öffentlichen Konsultation zu diesen Instrumenten beigelegt, die bis zum 13. März 2022 läuft.

Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Behörden sind aufgerufen, zu den Vorschlägen der Kommission Stellung zu nehmen. Zusätzlich zu der Konsultation werden zwei Sitzungen mit den Mitgliedstaaten abgehalten, um deren Rückmeldungen zu den beiden oben genannten Verordnungen einzuholen.

Die Konsultation zu den Leitlinien wird auf der Grundlage der englischen Fassung des Entwurfs eingeleitet. Übersetzungen in alle EU-Amtssprachen werden nach und nach auf der Website zur Verfügung gestellt, sobald sie vorliegen. Die Konsultation zum Entwurf der Gruppenfreistellungsverordnung und zum Entwurf der De-minimis-Änderungsverordnung wird in allen EU-Sprachen eingeleitet<sup>1</sup>.

Die Interessenträger werden gebeten, anzugeben, welches der drei Instrumente ihre Anmerkungen betreffen.

Die Interessenträger werden gebeten, ihre Stellungnahmen in elektronischer Form zu übermitteln und eindeutig anzugeben, ob ihre Antwort vertraulich ist. Ist dies der Fall, sollte auch eine nichtvertrauliche Fassung der Antwort übermittelt werden, die auf der Website der GD Wettbewerb veröffentlicht werden kann.

### **1. Hintergrund**

Die wirtschaftliche Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftssektoren kann durch öffentliche Finanzierung erleichtert werden. Im Fischerei- und Aquakultursektor sind staatliche Beihilfen in die

---

<sup>1</sup> Mit Ausnahme von Irisch für diese öffentliche Konsultation. Die künftigen Instrumente für staatliche Beihilfen werden jedoch auch in Irisch zur Verfügung stehen.

breiter angelegte Gemeinsame Fischereipolitik (GFP)<sup>2</sup> eingebettet. Mit der Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Einrichtung des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)<sup>3</sup>, die seit dem 1. Januar 2021 gilt, wurden neue Vorschriften für die GFP eingeführt. Zusammengefasst sollten die Vorschriften für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor weitgehend an die fondsspezifischen Regeln<sup>4</sup> angepasst werden.

In der Regel müssen die Mitgliedstaaten jede staatliche Beihilfe anmelden, die sie gewähren wollen. Nach einer solchen Anmeldung prüft die Kommission die Beihilfe und entscheidet dann, ob sie die Beihilfe genehmigen kann. Zu diesem Zweck legt die Kommission ihre Entscheidungspolitik in Leitlinien fest. Die Kommission kann jedoch bestimmte Arten von Beihilfemaßnahmen, mit denen sie ausreichende Erfahrungen gesammelt hat, von dieser Anmeldepflicht ausnehmen (festgelegt in Gruppenfreistellungsverordnungen) oder Maßnahmen vom Anwendungsbereich der EU-Beihilfekontrolle ausnehmen, wenn der Betrag so niedrig ist, dass keine Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung besteht (festgelegt in De-minimis-Verordnungen).

In den derzeit geltenden Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor<sup>5</sup> (im Folgenden „derzeitige Leitlinien“) sind die Anforderungen und Kriterien für die Bestimmung von Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor festgelegt, die die Kommission genehmigt, wenn sie von den Mitgliedstaaten angemeldet werden. Die derzeitigen Leitlinien wurden 2015 angenommen und 2018 geändert. Sie enthalten keine Aufhebungsklausel und sind nach wie vor gültig. Die Kommission kann diese jedoch jederzeit überarbeiten oder ändern, wenn dies aus wettbewerbspolitischen Gründen, aufgrund anderer Politikbereiche der Union oder aus anderen berechtigten Gründen erforderlich ist.

In der Verordnung (EU) Nr. 1388/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 (im Folgenden „Verordnung (EU) Nr. 1388/2014“)<sup>6</sup>, d. h. in der derzeitigen Gruppenfreistellungsverordnung für den Fischerei- und Aquakultursektor, wird eine Reihe von Beihilfegruppen genannt, die systematisch von der Kommission genehmigt wurden und für die keine vorherige Anmeldung bei der Kommission mehr erforderlich ist. Diese Verordnung stützt sich auf die mit der Verordnung (EU) Nr. 508/2014 festgelegten Anforderungen und Kriterien, um festzustellen, ob eine bestimmte Gruppe von Maßnahmen als Verwaltungsvereinfachung freigestellt werden kann. Die Verordnung (EU) Nr. 1388/2014 trat am 1. Januar 2015 in Kraft und läuft nachzeitigem Stand am 31. Dezember 2022 aus.

---

<sup>2</sup> Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

<sup>3</sup> Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 über den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1004 (ABl. L 247 vom 13.7.2021, S. 1) (im Folgenden Verordnung (EU) 2021/1139).

<sup>4</sup> Verordnung (EU) 2021/1139 und Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1) („Verordnung (EU) Nr. 508/2014“).

<sup>5</sup> ABl. C 217 vom 2.7.2015, S. 1. Geänderte Fassung im ABl. C 422 vom 22.11.2018, S. 1.

<sup>6</sup> Verordnung (EU) Nr. 1388/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen zugunsten von in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur tätigen Unternehmen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 369 vom 24.12.2014, S. 37. Geänderte Fassung im ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15).

Schließlich ist in der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 (im Folgenden „Verordnung (EU) Nr. 717/2014“)<sup>7</sup>, d. h. in der geltenden De-minimis-Verordnung für den Fischerei- und Aquakultursektor, der Höchstbetrag festgelegt, bis zu dem Artikel 107 Absatz 1 AEUV als nicht anwendbar angesehen werden kann, sofern die Beihilfe bestimmte Voraussetzungen erfüllt. In einem solchen Fall unterliegt eine Maßnahme nicht der Anmeldepflicht. Die Verordnung (EU) Nr. 717/2014 trat am 1. Juli 2014 in Kraft und läuft nach einer Änderung im Jahr 2020 am 31. Dezember 2022 aus.

Für die Zwecke der Überarbeitung dieser Instrumente für staatliche Beihilfen hat die Kommission im Rahmen einer öffentlichen Konsultation im Jahr 2019 Daten erhoben.<sup>8</sup> Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Konsultation, anderer externer Daten und interner Erfahrungen führte die Kommission eine Bewertung der derzeitigen Instrumente durch. Wie bereits in der von der Kommission im Mai 2019 veröffentlichten Folgenabschätzung in der Anfangsphase angekündigt, wird die Kommission den Beratenden Ausschuss zu den Entwürfen der Beihilfeinstrumente konsultieren, um Rückmeldungen einzuholen. Die im Rahmen der öffentlichen Konsultation und des Beratenden Ausschusses gesammelten Informationen werden in die Folgenabschätzung einfließen, auf die sich die Überarbeitung stützen wird.

Dieser Vermerk gibt einen Überblick über die wichtigsten Änderungen, die die Kommission in dieser Phase des Überarbeitungsprozesses in Betracht zieht. Diese betreffen die Angleichung der Beihilfenvorschriften an den EMFAF, der sich wiederum auf die Prioritäten der Kommission, insbesondere den Grünen Deal, stützt. Die sektorale Überprüfung erfolgt nach den horizontalen Grundsätzen der Beihilfekontrolle. Insgesamt werden mit den vorgeschlagenen Vorschriften die sektorspezifischen Vorschriften für staatliche Beihilfen gestrafft und harmonisiert und darüber hinaus eine Verwaltungsvereinfachung eingeführt, die es ermöglicht, für neue Arten von Beihilfen Gruppenfreistellungen zu gewähren.

Der Wortlaut der vorgeschlagenen Entwürfe der Rechtsakte ist nicht endgültig und wird unter Berücksichtigung der Rückmeldungen und Erkenntnisse aus der vorliegenden öffentlichen Konsultation neu bewertet.

## **2. Im Entwurf der Gruppenfreistellungsverordnung vorgeschlagene Änderungen**

Es wird vorgeschlagen, den Entwurf der Gruppenfreistellungsverordnung um zwei neue Maßnahmen zu ergänzen, bei denen die Kommission auf Erfahrungen aus ihrer Fallbearbeitungspraxis zurückgreifen kann, und zwar nicht nur im Fischerei- und Aquakultursektor, sondern auch im Agrarsektor, wo vergleichbare Fälle aufgetreten sind. Die folgenden Gruppen von Beihilfen sollten in den Entwurf der Gruppenfreistellungsverordnung aufgenommen werden: i) Beihilfen zum Ausgleich von durch widrige Witterungsverhältnisse verursachten Schäden und ii) Beihilfen zum Ausgleich von durch geschützte Tiere verursachten Schäden.

Der Entwurf der Gruppenfreistellungsverordnung enthält nicht mehr die Maßnahme zur Unterstützung für Unternehmensgründungen junger Fischer. Eine solche Unterstützung ist zwar nach den EMFAF-Vorschriften weiterhin möglich, und das unter günstigeren Bedingungen als im Rahmen der Verordnung

---

<sup>7</sup> ABl. L 190 vom 28.6.2015, S. 45. Geänderte Fassung im ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15.

<sup>8</sup> Eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Instrumente für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor fand bereits vom 28. Juni 2019 bis zum 31. Oktober 2019 statt: [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11543-De-minimis-aid-in-the-fishery-and-aquaculture-sector/public-consultation\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11543-De-minimis-aid-in-the-fishery-and-aquaculture-sector/public-consultation_de).

(EU) Nr. 508/2014, die Kommission ist jedoch der Auffassung, dass diese Maßnahme aufgrund ihrer potenziellen kapazitätssteigernden Wirkung künftig einer vorherigen Beihilfeprüfung unterzogen werden sollte.

Im Hinblick auf die Angleichung an die für andere Wirtschaftszweige geltenden Vorschriften über staatliche Beihilfen ist die Kommission ferner der Auffassung, dass für Gruppensteuerbefreiungen und -ermäßigungen gemäß der Richtlinie 2003/96/EG am besten die in Artikel 44 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung<sup>9</sup> festgelegten Bedingungen herangezogen werden sollten. Daher wird vorgeschlagen, eine solche Bestimmung nicht gesondert in der Gruppenfreistellungsverordnung für die Fischerei beizubehalten.

### **3. Im Leitlinienentwurf vorgeschlagene Änderungen**

#### **a) Beihilfen zum Ausgleich von durch geschützte Tiere verursachten Schäden**

Neben dem Entwurf der Gruppenfreistellungsverordnung wird der Entwurf der Leitlinien den Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit geben, Beihilfen zum Ausgleich von durch geschützte Tiere verursachten Schäden zu genehmigen, wenn die Beihilfemaßnahmen nicht unter die Gruppenfreistellung fallen.

#### **b) Beihilfen für die Kosten der Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen in der Aquakultur und des Befalls durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung oder von Bedeutung für Mitgliedstaaten**

Die derzeitigen Leitlinien sahen bereits die Möglichkeit vor, Beihilfen für die Kosten der Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen in der Aquakultur zu genehmigen. Im Leitlinienentwurf wird vorgeschlagen, die Kosten im Zusammenhang mit i) neu auftretenden Seuchen und ii) dem Befall durch invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung oder Bedeutung für Mitgliedstaaten einzubeziehen. Dadurch sollen die Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden, zuvor nicht abgedeckten Situationen Rechnung zu tragen.

#### **c) Beihilfen für die Erneuerung der Fischereiflotte in Gebieten in äußerster Randlage**

Beihilfen für die Erneuerung der Fischereiflotte in Gebieten in äußerster Randlage wurden 2018 durch eine Änderung der derzeitigen Leitlinien eingeführt. Der Leitlinienentwurf bildet weiterhin eine Rechtsgrundlage für die Bewertung der Vereinbarkeit solcher Beihilfemaßnahmen mit dem Binnenmarkt und hält an dem bereits bestehenden Ansatz fest. Letzterer basiert darauf, dass die Mitgliedstaaten auf der Grundlage des letzten gemäß Artikel 22 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 erstellten nationalen Berichts für das Flottensegment des Gebiets in äußerster Randlage, zu dem das neue Schiff gehören wird, ein Gleichgewicht zwischen der Fangkapazität und den Fangmöglichkeiten ausweisen müssen. Eine begrenzte Anzahl von Änderungen scheint erforderlich zu sein, um die Anforderungen und Kriterien sowie die jeweiligen Verfahren weiter zu präzisieren.

---

<sup>9</sup> Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1). Siehe auch die öffentliche Konsultation bis zum 8.12.2021: [https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2021-gber\\_de](https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2021-gber_de).

#### **d) Gemeinsame Bewertungsgrundsätze**

Die gemeinsamen Bewertungsgrundsätze, die 2014 mit der Initiative zur Modernisierung des Beihilferechts (State aid modernisation - „SAM“) eingeführt wurden, müssen im Lichte des Urteils in der Rechtssache T-356/15 Österreich/Kommission (Hinkley Point C-Urteil) überarbeitet werden. In diesem Urteil legte der Gerichtshof eine wichtige Auslegung von Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV vor. Die vorgeschlagene strukturelle Änderung spiegelt diese Auslegung wider.

Die Überarbeitung der gemeinsamen Bewertungsgrundsätze unterliegt einem übergreifenden Ansatz, der allen kürzlich überarbeiteten Beihilfeinstrumenten gemein ist. Die vorgeschlagenen Änderungen stehen im Einklang mit diesen anderen Beihilfeinstrumenten, wobei bestimmte Unterscheidungen beibehalten werden, die den Besonderheiten des Fischerei- und Aquakultursektors Rechnung tragen.

#### **4. Im Entwurf der De-minimis-Änderungsverordnung vorgeschlagene Änderungen**

Mit dem Entwurf der De-minimis-Änderungsverordnung wird eine begrenzte Anzahl von Änderungen an der bestehenden De-minimis-Regelung im Fischerei- und Aquakultursektor vorgenommen.

Wie zuvor erwähnt, gilt die Verordnung (EU) Nr. 717/2014 derzeit bis zum 31. Dezember 2022. Daher wird vorgeschlagen, ihre Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2027 zu verlängern. Diese Verlängerung stünde im Einklang mit der Laufzeit des in der Verordnung (EU) 2021/1139 für den EMFAF festgelegten Programmplanungszeitraums sowie mit der De-minimis-Regelung im Agrarsektor, die mit der Verordnung (EU) 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019<sup>10</sup> ebenfalls bis zum 31. Dezember 2027 verlängert wurde.

Die kumulierten Höchstbeträge der De-minimis-Beihilfen, die von jedem Mitgliedstaat gewährt werden können, sind im Anhang der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 aufgeführt und basieren auf Daten für 2011. Es wird als angemessen erachtet, diese kumulierten Höchstbeträge auf der Grundlage aktuellerer sektoraler Daten technisch zu aktualisieren, um die Entwicklung des Sektors widerzuspiegeln. Aus diesem Grund basieren die im Anhang des Entwurfs der De-minimis-Änderungsverordnung aufgeführten kumulierten Höchstbeträge auf dem Dreijahresdurchschnitt des Jahresumsatzes aus Fang-, Verarbeitungs- und Aquakulturtätigkeiten in den einzelnen Mitgliedstaaten, der sich durch Ausklammerung der höchsten und niedrigsten Werte über einen Fünfjahreszeitraum, d. h. 2014-2018, ergibt.

Im Entwurf der De-minimis-Änderungsverordnung wird auch klargestellt, dass die Verordnung (EU) Nr. 717/2014 keine Beihilfen für die vorübergehende oder endgültige Einstellung der Fangtätigkeit abdeckt, es sei denn, dies ist in der Verordnung (EU) 2021/1139 ausdrücklich vorgesehen.

---

<sup>10</sup> Verordnung (EU) 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor, ABl. L 51I vom 22.2.2019, S. 1.